



Ausschnitt AKW-Gefährdungsatlas der Deutschen Umweltstiftung

Drei von vier Bundesbürgern sind „unmittelbar gefährdet“

Deutsche Umweltstiftung stellt neuen AKW-Gefährdungsatlas vor.

„Beklemmend“ nennt Jörg Sommer, Vorstandssprecher der Deutschen Umweltstiftung, das Gefühl, welches sich ihm beim ersten Blick auf den AKW-Gefährdungsatlas aufdrängte.

Eine Arbeitsgruppe der Umweltstiftung ermittelte in mehrwöchiger mühevoller Kleinarbeit die Bevölkerungszahlen in den Gefährdungsregionen der aktuell in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke. Berücksichtigt wurde dabei die Wohnbevölkerung in einem Umkreis von jeweils 150km.

Dabei ergaben sich gefährdete Bevölkerungszahlen zwischen 5,4 Millionen (Gundremmingen) und bis zu 11,8 Millionen (Neckarwestheim). Besonders gefährdet sind die Menschen um Bremen, die im unmittelbaren Einzugsbereich von bis zu 6 AKWs leben müssen. Die so ermittelten Zahlen sind Untergrenzen, da durch einen größten anzunehmenden Unfall weit mehr Bürgerinnen und Bürger in einem mehrfach erweiterten Umkreis durch die frei gesetzten radioaktiven Strahlen betroffen sein könnten, also um ihre Gesundheit und im schlimmsten Fall um ihr Leben fürchten müssten.

Laut Projektleiter und Vorstandsmitglied Hans Günter Schumacher führt das Projekt „in erschreckender Deutlichkeit vor Augen, dass sich die politisch Verantwortlichen in Regierungen und Parlamenten, insbesondere aber die großen Energiekonzerne EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall nach unserer Auffassung nicht nur unverantwortlich, sondern menschenverachtend, gegenüber den Millionen möglicherweise betroffener Menschen verhalten, wenn in einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland, aber auch in Europa, weiterhin Atomkraftwerke betrieben werden.“

Die Deutsche Umweltstiftung fordert deshalb die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und Bundesrat nachdrücklich auf,

- * endgültig einen Schlusstrich unter die weitere Nutzung der Atomenergie zu ziehen,
- * demgemäß keiner Laufzeitverlängerung der siebzehn Atomkraftwerke zuzustimmen,
- * eine sofortige Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwerke AKW Biblis A und B, Brunsbüttel, Neckarwestheim 1, Isar 1, Philippsburg 1 und Unterweser zu veranlassen,
- * Hermesbürgschaften für den Export von Atommüll ins Ausland zu versagen,
- * Subventionen für Betreiber von Atomkraftwerken zu streichen und das Atomforum unverzüglich aufzulösen,
- * der Nutzung regenerativer Energien einen absoluten Vorrang gesetzlich auch in Zukunft einzuräumen.
- * die großen Energiekonzerne dazu zu verpflichten, ihre Milliardengewinne und Rücklagen ausschließlich zugunsten der Nutzung regenerativer Energien einzusetzen.
- * Und den Herrn Bundespräsidenten bittet die Deutsche Umweltstiftung, die Verfassungsmäßigkeit einer ihm vorgelegten Novelle zum Atomgesetz prüfen zu lassen und solange seine Unterschrift zu versagen, bis eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vorliegt.

Quelle:

[Deutsche Umweltstiftung 2010](#)

Zweite Quelle:

www.sonnenseite.com